



Bild: Nassauische Heimstätte Wohnstadt/Steffen Diemer

Bürger waren über eine digitale Plattform eingeladen, über die Zukunft der Ray Barracks in Friedberg mitzuentcheiden.

Bürgerbeteiligung in Zeiten der Pandemie

Alternativen für die ansonsten üblichen Präsenz-Veranstaltungen sind Online-Formate. Bisherige Angebote eignen sich jedoch meist nur als Ergänzung – neue Ideen müssen her.

Von Lucia Brauburger

Kommunale Bauprojekte gehen mit einer hohen Erwartungshaltung der Stadtgesellschaft einher. Diese macht sich an drei Kriterien fest. Erstens: Werden Zeit- und Kostenpläne eingehalten? Zweitens: Werden die Belange der Öffentlichkeit adäquat berücksichtigt? Drittens: Erfolgt ein professionelles Projekt- und Krisenmanagement? Die Betrachtung der Punkte zwei und drei macht deutlich, dass dem Thema Kommunikation eine Schlüsselrolle zukommt. Kein Projekt, das in großem Umfang Steuergelder beansprucht und innerstädtisch relevante Fragestellungen berührt, kann ohne die Information und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gelingen. An dieser Erkenntnis kommen sämtliche beteiligten Projektpartner nicht vorbei. Neben gesetzlich verankerten Maßnahmen, die auf Information und Teilhabe der Bürgerschaft abzielen, sind daher viele Kommunen in

den vergangenen Jahren dazu übergegangen, die formellen Formate durch informelle zu ergänzen. Dazu gehören Angebote wie Zukunftswerkstätten, Stadtforen und dergleichen mehr. Sie zielen darauf ab, Bürgerinnen und Bürger in städtische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse in Form dialogorientierter Veranstaltungen aktiv miteinzubeziehen. Diese Praxis hat durch die Corona-Pandemie einen radikalen Einschnitt erfahren. Bürgerbeteiligungsformate, die an Präsenzveranstaltungen geknüpft sind, finden seit März vergangenen Jahres praktisch nicht mehr statt. Sie wurden abgesagt, unter strengen Hygieneauflagen im Freien durchgeführt oder auf unbestimmte Zeit verschoben. Wann öffentliche Veranstaltungen in gewohnter Manier wieder stattfinden können, ist aktuell noch nicht absehbar.

Online-Formate als Ersatz?

Diese Entwicklung wirft Fragen auf: Wie kann Bürgerbeteiligung aussehen, wenn die bewährten, auf unmittelbare Interaktion ausgerichteten Formate nicht mehr zur Verfügung stehen? Und können Online-Angebote den erzwungenen Stillstand kompensieren? Das in Berlin ansässige „Institut für Partizipation“ (Bipar) hat sich im vergangenen Jahr mit dieser Fragestellung beschäftigt und kam im Rahmen einer Umfrage mit 1.771 Teilnehmern aus Politik/Verwaltung sowie Dienstleistern und Bürgerschaft zu einem interessanten Ergebnis: „Digitale Beteiligungsformate bieten grundsätzlich die Möglichkeit einer räumlichen und teilweise auch zeitlichen Entkopplung der Beteiligung. Sie stellen daher theoretisch eine geeignete Beteiligungsform dar, um bei unerwarteten Ereignissen eine Verstärkung der Partizipation zu garantieren. Die Auswertung zeigt jedoch, dass dies selten der Fall ist. Zum einen lässt sich dies auf fehlende digitale Möglichkeiten zurückführen. Zum anderen ergab die Befragung, dass vorhandene Optionen lediglich in moderatem Umfang vermehrt genutzt werden. Die meisten Akteure sehen nach wie vor den unmittelbaren, persönlichen Diskurs als Voraussetzung für gelingende Beteiligung an.“

Digitale Kommunikation als Komplementärangebot

Dieses Fazit spiegelt auch den Status quo wider, der bereits vor der Pandemie bestand. Zum einen sind Online-Formate in vielen Kommunen nach wie unterrepräsentiert (in der Bipar-Umfrage beantworteten die Frage, ob bereits digitale Tools im Einsatz seien, nur elf Prozent der Befragten mit einem Ja). Darüber hinaus werden sie vor allem als Komplementärmedium eingesetzt – flankiert von Veranstaltungen, in denen Zwischenergebnisse erläutert, mögliche Ideen gemeinsam entwickelt und diskutiert werden. Eben dieser interaktive Austausch fällt weg, wenn Kommunikation nur noch online stattfindet.

Innovative Maßnahmen sind gefragt

Die Stadt Friedberg hat im vergangenen Jahr für dieses Problem eine ganz eigene Lösung gefunden. Um der Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, sich – trotz Corona – möglichst interaktiv in ein großes städtisches Bauvorhaben einzubringen, beschritt die Verwaltung in Kooperation mit dem Beratungsunternehmen Projektstadt, der Stadtentwicklungsmarke der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte Wohnstadt, kurzerhand einen neuen Weg: Gemeinsam mit der Wer denkt was GmbH aus Darmstadt wurde ein digitales Beteiligungsformat aufgesetzt. Es sollte explizit das wegen der Lockdown-Maßnahmen ausgefallene Bürgerforum zur Zukunft des ehemaligen Kasernenareals „Ray Barracks“ ersetzen. In kurzer Zeit wurde eine Plattform entwickelt, auf der sich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Beiträgen und Ideen einbringen und auch interaktiv kommunizieren konnten. Die Maßnahme löste in der Bürgerschaft ein rundweg positives Echo aus – über hundert Gestaltungsvorschläge wurden eingereicht. Vor allem aber konnte der politische Entscheidungsprozess zur Erstellung des Rahmenplans nahtlos weitergeführt werden, der die Grundlage für die anstehenden Kaufverhandlungen mit der Eigentümerin des Areals, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, bilden soll.

Das Beispiel zeigt: Die Qualität und Akzeptanz der digitalen Bürgerbeteiligung hat mit den technischen Möglichkeiten zu tun – und dem Profil der involvierten Akteure. Die Projektstadt hat bereits mehrfach mit der Wer denkt was GmbH zusammengearbeitet und konnte diese Erfahrung 1:1 einbringen. Das zuständige Amt für Stadtentwicklung in Friedberg und der amtierende Bürgermeister wiederum haben sich auf das Lösungsmodell eingelassen und damit zugleich eine Weiche für die Zukunft gestellt: Die Plattform soll auch weiterhin genutzt werden.



11 Prozent

der Befragten der Bipar-Umfrage setzen digitale Tools ein.

Beteiligung mindert Konflikte

Dass ein derartiges Engagement eine sinnvolle Investition ist, belegen die Ergebnisse einer weiteren Studie, die ebenfalls im Jahr 2020 vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer zum Thema Bürgerbeteiligung veröffentlicht wurde. Untersucht wurden die Folgen der in Baden-Württemberg seit 2013 geltenden Verwaltungsvorschrift zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren und der damit zusammenhängende „Leitfaden für eine neue Planungskultur“. 47 Prozent der befragten Stakeholder gaben an, dass insbesondere eine frühe Einbindung der Öffentlichkeit dazu beitrage, Konflikte zu mindern. 58 Prozent sahen eine gesteigerte Akzeptanz des Verfahrens, 45 Prozent eine größere Akzeptanz des Ergebnisses. Gemessen an den Konflikten, die Bauvorhaben in der Stadtgesellschaft hervorrufen, und den damit verbundenen möglichen Verzögerungen sind dies gewichtige Zahlen, die einmal mehr deutlich machen, dass dem Thema Bürgerbeteiligung viel Bedeutung beizumessen ist – auch in den Zeiten von Corona.

Ziel muss sein, die Möglichkeiten der Partizipation auf eine möglichst breite Basis zu stellen – auch unter erschwerten Bedingungen. Digitale Formate werden infolge der Erfahrungen der Corona-Pandemie einen Aufschwung erfahren. Aber auch Präsenzveranstaltungen haben nach wie vor ihre Berechtigung. Für beides müssen die Voraussetzungen vorhanden sein. ■

Lucia Brauburger ist Inhaberin der Firma Brauburger Con.Sulting, Mainz.